



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886 890

F/KV/261 - 14. November 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Nur Klarheit kann jetzt helfen</u> Zur Verstimmung Bonn-Paris Von Günter Markscheffel	47
2 - 3	<u>Chinesisches Intermezzo auf dem Balkan</u> Im Brennpunkt des sowjetisch-chinesischen Antagonismus Von Dr. Basil Mathiopoulos	64
4	<u>Nachahmenswert</u> Vom Stil der amerikanischen Demokratie	30
4	<u>Sachverständige nicht erwünscht?</u> Krankerversicherungsreform - und wo die Geduld der CDU aufhört	18
5 - 7	<u>Etzels unsichtbarer Haushalt</u> Von H.G. Ritzel, MdB	124

14. November 1960

Nur Klarheit kann jetzt helfen

Zur Verstimmung Bonn-Paris

Von Günter Markscheffel

Seitdem sich Bundeskanzler Dr. Adenauer in der vergangenen Woche vor der ausländischen Presse in Bonn sehr deutlich von der Politik des französischen Staatspräsidenten de Gaulle abgesetzt hat, ist das Verhältnis zwischen Frankreich und der Bundesrepublik noch gespannter geworden als es vor einigen Wochen anlässlich des Besuchs des französischen Ministerpräsidenten Debré und seines Außenministers Couve Murville zum Ausdruck kam. Damals hatte man mit einem nichtsagenden Komunique die Öffentlichkeit in beiden Ländern zu beruhigen versucht. Heute jedoch wirft man Adenauer in Paris vor, er störe bewusst die "europäische Atmosphäre", die seit Jahren zwischen Paris und Bonn herrschte.

Worum geht es? Die eigenwilligen und die die NATO zersetzender Europapläne des französischen Staatspräsidenten auf der einen Seite und das förtlich erwachende Interesse in der Bundesrepublik für die afrikanischen Staaten auf der anderen Seite haben zu Missverständnissen - um nicht zu sagen - zu ernststen Meinungsverschiedenheiten geführt. Bonn, d.h. Adenauer, meint, Europa ohne die USA und vor allem ein kaum integriertes "Europa der Vaterländer" de Gaulles würde zum Spielball Moskaus werden. Paris glaubt, die Intensität, mit der man von Bonn aus in den afrikanischen Raum politisch und wirtschaftlich hineingeht, hindere Frankreich daran, die ihm von de Gaulle zugedachte Führungsrolle in Europa - auf der Grundlage der alten Bindungen Frankreichs zu seinen früheren afrikanischen Besitzungen - spielen zu können. Die Tatsache, dass Adenauer gerade in diesem Augenblick vor der Auslandspresse in Bonn den neuen amerikanischen Präsidenten indirekt auf de Gaulles europäische Eigenwilligkeit aufmerksam gemacht hat, wird nunmehr in Paris - umgekehrt - als eine Warnung an die Adresse de Gaulles empfunden, nicht auf einer Europapolitik zu beharren, für die er in Europa ausserhalb Frankreichs wahrscheinlich keine Unterstützung finden wird.

Alle diese Dinge mögen subtil erscheinen und doch sind sie im Grunde genommen sehr einfach. De Gaulle geht es im Augenblick darum, dem französischen Volk glaubhaft zu machen, dass nur er imstande sei, das Prestige Frankreichs unbeschädigt zu erhalten, auch wenn er für Algerien eine Lösung akzeptiert (Algerische Republik), die sicher nicht den Prestigevorstellungen eines Durchschnittsfranzosen entspricht. Wenn dann noch hinzukommt, dass in Bonn an diesem Prestigebedürfnis genagt wird, wenn in Paris die Vermutung auftaucht, dass man zwischen Bonn und Washington über den Kopf von de Gaulle hinweg Einfluss auf die weitere Entwicklung der internationalen Politik nehmen will, dann erhält das deutsch-französische Verhältnis einen Stoss. Der französische Botschafter in Bonn, Monsieur Seydou, kann zwar auf das gute Einvernehmen hinweisen, und als Beispiel hierfür die deutschen Manöver in Frankreich anführen, er kann aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, dass am vergangenen Sonntag - trotz des Verbotes der Regierung - zahlreiche Demonstrationen in Frankreich gegen die Anwesenheit deutscher Truppen durchgeführt wurden. Dass es sich hierbei nur um "kommunistische Demonstranten" gehandelt habe, ist einfach nicht wahr.

Herr Adenauer wird Anfang Dezember mit Herrn de Gaulle zusammentreffen. Hoffen wir, dass die hier angesprochenen Fragen mit grösster Freimütigkeit erörtert werden. So wie die Dinge jetzt sind hätte ein alles vertuschendes Komunique keinen Sinn.

\* \* \*

Chinesisches Intermezzo auf dem Balkan

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Im Blätterwald der internationalen Presse raunt man zwar vom kommunistischen Unionskonzil, zu dem sich sämtliche Ostblockgewaltigen mit ihren Ideologen hinter den Mauern des Kreml versammelt haben. Unionskonzile kennt die Geschichte viele, aber auch deren Ausgang. Noch haben die Fakten den Vorrang vor visionären Spekulationen, ja sie gehen sogar dem geheimnisvollen Geschehen hinter den Kulissen eine pikante politische Aktualität.

So begann es: Ersten Gerüchten folgten bestätigende Informationen über eine Anpassung der politischen Linie Albaniens an den Kurs Peking's. Dann folgten Nachrichten, nach denen der ganze Balkan nach und nach zum Brennpunkt des Antagonismus zwischen der Sowjetunion und China wird. Die Haltung des albanischen Ministerpräsidenten Mehmed Secu auf der letzten UNO-Vollversammlung löste westliche Aufmerksamkeit und zum Teil östliche Bestürzung aus, denn das Einschwenken des albanischen Vertreters auf den harten Kurs Peking's kam selbst für die Ostblockstaaten etwas unerwartet. Das war kein launischer Einfall eines unberechenbaren Staatsmannes. Erst kürzlich äusserte der albanische Ministerpräsident in einer Rede vor seinem Parlament sein Befremden über die "stupide Idee einer vollständigen Abrüstung, die - wer weiss wieso - in den Köpfen mancher Menschen herumspukt!" Mit patriotischem Zungenschlag erklärte Herr Secu: "Wenn diese Ideen einmal verwirklicht werden könnten, dann würde unser Land ein Frass für den Imperialismus und unsere nationale Sicherheit wäre der grössten Gefahr ausgesetzt. Wir lehnen daher jeden derartigen Vorschlag in aller Entschiedenheit ab!"

In Belgrad und Athen fragte man sich, an wessen Adresse wohl diese gezielte Rede gerichtet sein könnte. Bekanntlich propagiert Rumänien bereits seit 1957 den Plan einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan und hatte diesen Vorschlag ebenfalls der UNO in einer neuen Version vorgelegt. Eines steht nach all dem fest: Der Kreml hat die Kontrolle über Tirana verloren! Nach Meinung von Experten handelt es sich bei diesem Prozess nicht um ein lokal begrenztes Symptom. Die albanische Episode beginnt innerhalb der kommunistischen Ostblockstaaten ganz allgemein, wenn

auch noch hintergründig, Schule zu machen.

Der sowjetisch-chinesische Antagonismus greift in den letzten Monaten auch auf Bulgarien über. Westliche Beobachter konnten feststellen, dass Radio Sofia in letzter Zeit wiederholt umfassende Sendereihen zur Klärung und mundgerechten Interpretation der Parteilinie startete. Nicht weniger als 33 % der Sendezeit wird für diese inländische Parteipropaganda verwertet. Diplomatische Vertreter des Westens registrierten diese bisher beispiellose Tatsache als Beweis dafür, dass für das bulgarische Regime neue ideologische Probleme aufgetaucht sind. Man weiss ja schliesslich, dass innerhalb der KP Bulgariens eine starke Gruppe existiert, die mit Peking sympathisiert. Bedeutungsvoll ist dabei, dass diese Gruppe vom früheren Generalsekretär der KPB angeführt wird, Vulko Tschervenkow, der vor Jahren mit Beginn der Tauwetterperiode als eingefleischter Stalinist aufs politische Nebengeleise abgeschoben worden war.

Der Chinesische Drache liegelt auch mit Griechenland und der Türkei. Peking hat sich offensichtlich besonders die nichtkommunistischen Persönlichkeiten der griechischen Opposition für sein Liebeswerben erwählt. Vielleicht steckt der Gedanke dahinter, eine mögliche neue bürgerliche Regierung in Athen könnte eventuell die Aufnahme Rotchinas in die UNO befürworten. Für diese Vermutungen spricht, dass im kommenden Frühjahr der Führer der liberalen griechischen Opposition Venizelos nach Peking reisen wird, nachdem bereits im Vorjahr eine Gruppe Parlamentarier der bürgerlichen Opposition 4 Wochen lang die chinesische Gastfreundschaft bewundern durfte.

Man wird im Westen die Entwicklung dieser Dinge aufmerksam verfolgen müssen! Ohne einem falschen weltanschaulichen Neutralismus das Wort zu reden, muss sich mit dem Bemühen Chruschtschows eine allmähliche Versöhnung mit Tito herbeizuführen - trotz der ideologischen Eigenwilligkeit und des 'Revisionismus' seiner jugoslawischen Genossen - der leise Wunsch verbinden, dass der Balkanraum, in dem der Kommunismus nach dem zweiten Weltkrieg die meisten Anhänger fand, mit seinen prokommunistischen Sympathien nicht in die aufnahmebereiten Arme Pekings getrieben wird. Es ist fraglich, ob die betroffenen Völker die Fussangeln bemerken, die der Chinesische Drache mit seinen Flügeln zu verdecken sucht.

Nachahmenswert

ler - Auch in den Vereinigten Staaten ist der Wahlkampf eine harte Sache. Wer in die Arena steigt, muß sich auf allernand gefaßt machen. Die Bewerber um die höchsten Staatsämter packen einander nicht mit Samthandschuhen an, sie werfen sich nicht gerade Liebenswürdigkeiten an den Kopf - man hat sie oft mit Boxern verglichen, die schwere Schläge austellen, aber auch einstecken müssen. So auch diesmal. Die beiden amerikanischen Präsidentschaftskandidaten, Nixon und Kennedy kannten, besonders in der letzten erregenden Phase des Wahlkampfes, keine gegenseitige Schonung und Rücksichtnahme. Das gehört schließlich zum Metier. Aber nun, da der Kampf vorüber, der Ausgang entschieden ist, besteht kein Anlass, die im Wahlkampf erhaltenen Wunden weiter zu pflegen, oder aufgerissene Gräben weiter bestehenzulassen.

Sieger und Besiegter kämpften um eine im Grunde genommen gemeinsame Sache: Um die wirkungsvollste Führung der Vereinigten Staaten in diesen von schweren Konflikten und Revolutionen gezeichneten sechziger Jahren.

Kennedy hat nun seinen geschlagenen Rivalen Nixon getroffen, um die herzlichen Beziehungen, die zwischen Beiden seit 14 Jahren bestanden wieder aufzunehmen und um ihn auch zur Führung seines Kampfes zuzubegleichen.

Ist das nicht ein nachahmenswerter Stil? Demokratien, das lehrt die Geschichte, gehen zugrunde - versinken in der Anarchie, oder verfallen der Diktatur, wenn die in der Demokratie notwendigen, sie stärkenden, die politische Willensbildung der Staatsbürger fördernden Auseinandersetzungen in ein Grund-Feind-Verhältnis entarten. Zwischen Demokraten muss es eine sie verpflichtende Werte-Ordnung geben, im Rivalen soll man nicht den Verderber des eigenen Volkes sehen. Man kann und soll über alles streiten und um den besseren Weg ringen, nur nicht darüber, daß der politisch Andersdenkende und sein möglicher Erfolg ein Unglück ist. Wo dies geschieht, muss man um die freiheitliche Demokratie bangen - wie gut wäre es, diesen Stil auch bei uns gepflegt zu wissen.

+ + +

Sachverständige nicht erwünscht?

Die CDU/CSU sorgt selbst dafür, daß das leidige Thema der Krankerversicherungsreform von der innenpolitischen Tagesordnung nicht verschwindet. Von einer Verabschiedung dieses einschneidenden Gesetzes in dieser Legislaturperiode kann keine Rede mehr sein - und wenn, dann wird nur ein Pfluschwerk das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Die Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages kommen nicht vom Fleck, sie scheitern immer wieder an der völligen Konzeptionslosigkeit der sonst so allmächtigen Regierungspartei. Sie bleibt eine Gefangene der widersprechendsten Interessen und Auffassungen, Anträge, die ihre Vertreter einbringen, heben sich gegenseitig auf oder sind derart, daß ihre Undurchführbarkeit auf den ersten Blick erkennbar ist, wie z.B. in der Frage der Kostenbeteiligung, die nun durch ein drei-gestuftes System erfolgen soll. Dagegen haben die zur letzten Ausschusssitzung zuzugeworbenen Vertreter der Krankenkassen und der kassenärztlichen Vereinigung schwere Bedenken erhoben. Die Ausschussmitglieder der CDU trachten nicht einmal die Geduld des Zuhörens auf, für sie war es peinlich, was an begründeten Bedenken vorgetragen wurde. Die Sitzung mußte wieder einmal vertagt werden. Gilt das Wort der Experten so wenig bei der Kanzlerpartei?

+ + +

## Etzels unsichtbarer Haushalt

Von H.G. Ritzel, MdB

Seitdem Minister Etzel für die Finanzen des Bundes verantwortlich zeichnet, hat sich die Neigung, finanzielle Vorgänge außerhalb des Haushaltsplans abzuwickeln, merklich verstärkt. Dies zeigen die Abschlusszahlen des abgelaufenen Rechnungsjahres 1959 besonders deutlich. Die Ist-Zahlen liegen um rund 1,5 Milliarden DM ganz erheblich über den Planzahlen. Das ist immerhin ein Novum in der Haushaltsgeschichte des Bundes. In allen früheren Rechnungsjahren liegen die Istzahlen zum Teil beträchtlich hinter dem Haushaltssoll zurück. Die weitere Entwicklung insbesondere das Ergebnis des in wenigen Wochen zu Ende gehenden Rumpfrechnungsjahres 1960 muß beachtet werden, um rechtzeitig einer Fehlentwicklung der Haushaltswirtschaft wehren zu können. Sicherlich ist das Überschreiten des Haushaltssolls noch keine Katastrophe, es gibt mehrere Gründe, die diese Tatsache erklären, das heißt aber nicht, sie kritiklos hinnehmen. Auf jeden Fall sollten die Ursachen näher untersucht werden.

### Planmäßige Überschreitungen

Ganz allgemein sind alle Mehrausgaben, d.h. alle Ausgaben, die nicht oder nicht in ausreichendem Umfang im Haushaltsplan veranschlagt sind, Überschreitungen im haushaltsrechtlichen Sinne. Werden sie aber nicht an anderer Stelle des Haushaltsplans eingespart, wird dadurch auch der Rahmen des Gesamthaushalts überschritten, wie dies im vergangenen Rechnungsjahr 1959 der Fall war. Die gesamten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Rechnungsjahres 1959 haben nicht, wie der Bundesfinanzminister in seiner Rede vom 19. Oktober 1960 bekanntgab, nur etwas mehr als eine Milliarde DM betragen, sondern nach den jetzt vorliegenden Berechnungen des Bundesfinanzministers nach § 33 der Reichshaushaltsordnung fast das Doppelte, nämlich knapp zwei Milliarden DM. Diese Mehrausgaben hätten ein entsprechend hohes Defizit verursacht, wenn die Steuermehreinnahmen durch die Konjunkturhitze nicht so überreichlich geflossen wären. Das nahezu ausgeglichene Haushaltsergebnis 1959 war daher keineswegs ein Erfolg einer "harten Hand" des Bundesfinanzministers, sondern war einem glücklichen Zufall, dem reichlicher als erhofften Steuerfluss zu verdanken. Alle anderen Behauptungen verkennen die Situation oder lenken von den Tatsachen ab.

Bemerkenswert ist, daß in der dreijährigen Amtszeit des Ministers Etzel die Gesamtsumme der über- und außerplanmäßigen Ausgaben etwa zwei Milliarden DM jährlich betragen hat, während sie zu Schäffer's Zeiten rund 1,5 Milliarden DM im Schnitt seiner letzten drei Amtsjahre betrug. Dieses Ansteigen der Mehrausgaben um eine halbe Milliarde DM jährlich kann Zufall sein, es kann aber auch der Ausfluss der neuen "Finanzpolitik" sein, denn es liegt die Vermutung nahe, daß einzelne Ansätze absichtlich gering gehalten oder gewisse, auf den Bund zukommende neue oder höhere Ausgaben absichtlich nicht vorhergesehen wurden, weil das Haushaltsvolumen sonst noch mehr angestiegen wäre, als es schon angestiegen ist.

Da dürfte Methode dahinter stecken und zwar immer die selbe. Der Haushaltsplan soll nicht so stark anwachsen, daher schaut der Bundesfinanzminister die offene Ausweisung der tatsächlich zu erwartenden Beträge.

#### Unsichtbarer Nebenhaushalt

Darmit sind schon in den vergangenen Jahren die ersten Grundsteine zu einem unsichtbaren Nebenhaushalt gelegt, dessen Ausmaß erst nach sorgfältiger und mühseligem Studium der Haushalterechnung sichtbar wird. An diesem unsichtbaren Haushalt ist inzwischen munter weitergearbeitet worden, der Umfang wird leider erst nach Vorliegen des Rechnungsergebnisses 1960 bekannt werden. Die kritische Prüfung des jetzt dem Bundestag zur Beratung vorliegenden Haushaltsentwurfs 1960 fördert indessen weitere Bausteine zutage.

Da sind zunächst die Erlöse aus dem Verkauf der Volkswagenaktien und deren Abführung an die Stiftung Volkswagenwerk zu erwähnen. Im Haushaltsentwurf 1961 sind hierfür nur Leertitel, aber keine Beträge ausgewiesen. Ich habe bereits bei der Beratung im Haushaltsausschuss darauf hingewiesen, daß es mit dem Prinzip der Haushaltswahrheit unvereinbar ist, wenn für diesen Zweck nicht die mit Sicherheit zu erwartenden Beträge veranschlagt werden. Meine Anregung wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt mit dem Hinweis, daß es sich um durchlaufende Mittel handelt, die das Haushaltsvolumen nur aufblähen würden. Das sind aber keine sachlich gerechtfertigten Gründe. Dadurch werden lediglich als Bemühungen, den Bundeshaushalt künstlich niedrig zu halten, unterstützt. In den Rechnungsbüchern müssen aber diese Beträge ohnehin gebucht werden. Schließlich werden die Lastenausgleichsabgaben auch veranschlagt und es sei daran erinnert, daß der Bundesfinanzminister die Abführung dieser Abgaben an den Ausgleichsfonds sogar als soziale Leistungen aus dem Bundeshaushalt hinstellt. Wo bleibt hier die Logik?

Etzel blieb die Antwort schuldig

Auf zwei andere Punkte hat bereits der Abgeordnete Lenz in der Debatte zur ersten Lesung in anderem Zusammenhang hingewiesen, und zwar auf die fehlende Veranschlagung von rund 2,1 Milliarden DM im Haushaltsplan für die Abgeltung der Ansprüche der Rentenversicherungsträger durch Zuteilung von Schuldbuchforderungen sowie auf die fehlende Ausgabeermächtigung für 250 Millionen DM Darlehen an die Einfuhr- und Vorratsstellen zur Finanzierung der Getreideeinlagerung. Auf beide begründete Vorhaltungen hat der Bundesfinanzminister bisher noch keine plausible Antwort gegeben. Woher will der Bundesfinanzminister überhaupt die Mittel für die

250 Millionen DM nehmen? Im übrigen kann kein Zweifel bestehen, daß beide Vorgänge in der Haushaltsrechnung ihren buchungs-  
mäßigen Niederschlag finden müssen. Offensichtlich sollen die  
Buchungen aber außerplanmäßig vorgenommen werden, obgleich  
die haushalterrechtlichen und verfassungsmäßigen Voraussetzungen  
hierfür nicht vorliegen dürften, weil bei Vorlage des Regierungs-  
entwurfs in beiden Fällen bereits entsprechende Verpflichtungen  
eingegangen waren.

Wenn in allen genannten Fällen den haushalterrechtlichen  
Forderungen (Vollständigkeit, Haushaltswahrheit) in vollem Um-  
fang entsprochen würde, würde der Bundeshaushalt 1961 die 50  
Milliarden-Grenze erreichen. Nicht berücksichtigt sind hierbei  
die für 1961 noch mit Sicherheit auf den Bund zukommenden Be-  
lastungen (Erhöhung der Bezüge im öffentlichen Dienst um mindestens  
um 8 von Hundert, Kindergeld, Mutterschaftshilfe, Erhöhung der  
Berlin-Hilfe, Entwicklungshilfe usw.). Werden diese Belastun-  
gen hinzugerechnet, würde der Bundeshaushalt 1961 die Fünfzig-  
Milliarden-Grenze mühelos überschreiten. Um dies zu verhindern,  
werden möglichst viele haushaltsmäßigen Vorgänge aus dem Haus-  
haltsplan herausgehalten und für die Öffentlichkeit zunächst  
unsichtbar gemacht.

Mehr Offenheit!

Nach vorsichtiger Schätzung muss Etzels Nebenhaushalt für  
1961 auf etwa 4 - 4,5 Milliarden DM veranschlagt werden. Hier-  
von können ihm nach den obigen Angaben nur rund 3,5 Milli-  
arden DM flüssig nachgewiesen werden. Der restliche Betrag von  
etwa einer Milliarde DM - oder möglicherweise sogar mehr -  
läßt sich erst nachweisen, wenn die Ist-Rechnung in allen Einzel-  
heiten der Öffentlichkeit vorgelegt wird. Leider wird dies  
frühestens in drei Jahren der Fall sein. Ganz offensichtlich  
rechnet Etzel mit dieser Zeitdifferenz und der Vergesslichkeit  
der Öffentlichkeit in seiner so schnelllebigen Zeit. Dieser Um-  
stand bestärkt mich in der Forderung nach offener Darstellung  
aller haushaltsmäßigen Vorgänge im Bundeshaushaltsplan. Die ab-  
solute Höhe des Gesamthaushalts darf dabei nicht schrecken.  
Regierung und Parlament sind der Öffentlichkeit völlige Offen-  
legung aller haushaltsmäßigen Vorgänge schuldig. Daher muß  
Etzel unsichtbarer Haushalt sichtbar gemacht werden.

+ + +

Vernatwortlich: Günter Markschauffel